Hans-Christoph Seidel, Malte Thießen (Hg.)

GESCHICHTE DES RUHRGEBIETS

Das Ruhrgebiet – Laboratorium der Industriemoderne von 1914 bis 1969



böhlau


böhlau

GESCHICHTE DES RUHRGEBIETS

Herausgegeben von Stefan Berger, Nicolai Hannig,
Jan Kellershohn, Ute Schneider, Hans-Christoph Seidel und Malte Thießen

Übersicht über das Gesamtwerk „Geschichte des Ruhrgebiets“

Band 1:
Der Rheinisch-Westfälische Industriebezirk bis 1914
Herausgegeben von Nicolai Hannig und Ute Schneider

Band 2:
Das Ruhrgebiet – Laboratorium der Industriemoderne von 1914 bis 1969
Herausgegeben von Hans-Christoph Seidel und Malte Thießen

Band 3:
Zeit-Raum Ruhr (1969 bis heute)
Herausgegeben von Stefan Berger und Jan Kellershohn

GESCHICHTE DES RUHRGEBIETS

Band 2: Das Ruhrgebiet – Laboratorium der Industriemoderne von 1914 bis 1969

Herausgegeben von Hans-Christoph Seidel und Malte Thießen

Redaktion: Jens Adamski

BÖHLAU

Die Bandreihe „Geschichte des Ruhrgebiets“ ist ein Projekt der Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets.



Die Herausgeber, Autor:innen und der Verlag waren bemüht, alle Bildrechte zu klären. Wer seine Rechte dennoch nicht beachtet sehen sollte, wende sich an die Herausgeber oder den Verlag.

ISBN 978-3-412-53347-2
ISBN 978-3-412-53348-9 (PDF)
ISBN 978-3-412-53349-6 (eLibrary)
DOI https://doi.org/10.7788/9783412533496

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2026 Brill Deutschland GmbH, Robert-Bosch-Breite 10, 37079 Göttingen, Deutschland

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlags nicht zulässig. Text- und Datamining zu kommerziellen Zwecken bedarf der Genehmigung des Verlags.

Böhlau und Brill Deutschland GmbH sind Teil von De Gruyter Brill. www.degruyterbrill.com

Fragen zur allgemeinen Produktsicherheit: productsafety@degruyterbrill.com

Einbandabbildung: Zeche Carolinenglück und Darpering bzw. Ruhrschnellweg (heute A 40) vor dem Ausbau, 12. Februar 1952 (Stadt Bochum, Bildarchiv)
Einbandgestaltung: Guido Klütsch, Köln
Satz: Bettina Waringer, Wien
Druck und Bindung: Finidr, Cesky Tesin

INHALT

EINE REGION ALS LABORATORIUM: ZUR EINFÜHRUNG 7

Helen Wagner

EINE REGION MACHT SICH
Raumvorstellungen, Raumpraktiken und Raumbilder des Ruhrgebiets 15

1. Von Rübenkraut und Raumvorstellungen: Einführung 15
2. Vom Planen, Ordnen und Verwalten: der normierte Raum 19
3. Vom Dichten, Erzählen und Bezeichnen: der imaginierte Raum 47
4. Vom Kartieren, Vermessen und Beschreiben: der erforschte Raum. 67
5. Vom Fotografieren, Werben und Bereisen: der gezeigte Raum 89
6. Vom Aufführen, Ausstellen und Demonstrieren: der inszenierte Raum 112
7. Von grenzenloser Geschlossenheit: Ausblick 131

Christian Kleinschmidt/Karl Lauschke/Torben Möbius

WIRTSCHAFT UND KONFLIKT ZWISCHEN ZUKUNFTSPERSPEKTIVE UND NIEDERGANG 133

1. Die schwerindustrielle Basis des Ruhrgebiets 133
2. Die Kriegswirtschaft und ihre Folgen (1914 bis 1924) 136
3. Soziale Errungenschaften unter Druck: Arbeitsbeziehungen zwischen 1924 und 1936 164
4. Kriegsvorbereitung, Zweiter Weltkrieg und die Folgen 184
5. Konfliktlinien und Zukunftsperspektiven in der Besatzungszeit 199
6. „Wirtschaftswunder“ und Strukturkrise 1949 bis 1969 202
7. Fazit 229

Jan Kellershohn/Franziska Rehlinghaus

DAS REVIER IM ZEICHEN DER RATIONALISIERUNG
Wissen, Erziehung und Bildung im Ruhrgebiet 233

1. Wissenskulturen des Ruhrgebiets: Ermüdung, Ballung, Vergeudung 235
2. Erziehungsregime des Ruhrgebiets: Schule, Berufsbildung und Studium 291
3. Gemeinschaft – Aufstieg – Klassenkampf: Volks- und Erwachsenenbildung im Ruhrgebiet 330
4. Das Ruhrgebiet als Bildungsregion – eine andere Erzählung. 399

Hans-Christoph Seidel

WANDERUNG, GEBURT, TOD

Migration und Demografie in der Industriegesellschaft des Ruhrgebiets 401

1. Einleitung 401
2. Das unberechenbare Jahrzehnt: die Ruhrgebietsbevölkerung im Ersten Weltkrieg und im Bürgerkrieg 404
3. Die Ruhrgebietsbevölkerung in den Krisen zwischen den Kriegen 434
4. Im Ausnahmezustand: die Ruhrgebietsbevölkerung im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit 463
5. Demografie in Wiederaufbau und Strukturkrise, 1950 bis in die 1970er Jahre 521
6. Wanderung, Geburt und Tod: ein Fazit 565

Stefan Goch

REGIONALE POLITISCHE KULTUR IN KRISENZEITEN

Das Ruhrgebiet vom Ersten Weltkrieg bis in die 1960er Jahre 569

1. Die Ausgangslage: das Ruhrgebiet am Vorabend des Ersten Weltkriegs 571
2. Auch eine Katastrophe für das Ruhrgebiet: der Erste Weltkrieg 576
3. Schwere Zeiten: Kriegsniederlage, Revolution, Hoffnungen, Gewalt und Enttäuschungen 581
4. Keine „Goldenen Zwanziger" im Ruhrgebiet 600
5. Die Verhältnisse im Zeichen der Weltwirtschaftskrise 621
6. Das Ruhrgebiet unter dem Nationalsozialismus 626
7. Besatzungszeit und Wiederaufbau: die Wandlungen der Milieu- und politischen Lagerstrukturen . 635
8. Neue Krisen in besseren Zeiten 660
9. Korporatismus und Kooperation als Politikmodell des Ruhrgebiets 667
10. Fremdbestimmt, Krisenerfahren und auf dem Weg zu sich selbst: ein Fazit 675

LITERATURVERZEICHNIS 677

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN 749

REGISTER 751

Personenregister 751
Institutionenregister 756
Ortsregister 764

EINE REGION ALS LABORATORIUM: ZUR EINFÜHRUNG

Zwischen dem Ersten Weltkrieg und den späten 1960er Jahren lag eine Zeit radikaler Veränderungen. Innerhalb weniger Jahrzehnte erlebten die Deutschen nicht weniger als vier politische Systeme. Die Zeitspanne vom Kaiserreich zur Weimarer Republik über den Nationalsozialismus bis in die Bundesrepublik bzw. in die DDR war in historischer Perspektive jedenfalls relativ kurz. Den Zeitgenoss:innen schrieben sich die ständigen Umbrüche indes umso tiefer in ihre Biografien ein.

Die Menschen im Ruhrgebiet spürten die Einschnitte besonders tief. Denn das Ruhrrevier war sowohl Impulsgeber als auch Schauplatz überregionaler Veränderungen. So fußten die deutschen Pläne für einen „Griff nach der Weltmacht" (Fritz Fischer) schon im Kaiserreich wesentlich auf Kohle und Stahl, die in der sogenannten Rüstkammer des Reichs gewonnen wurden. Auch die nationalsozialistischen Machtphantasien waren eng mit der „Rüstkammer" verbunden. Im Zweiten Weltkrieg zeigten sich die Folgen globaler Konflikte in der Region besonders deutlich. Das gilt nicht nur mit Blick auf die Verbrechen, wie sie beispielsweise im Zwangsarbeitseinsatz in der Montanindustrie jeden Tag für alle sichtbar wurden, sondern ebenso für die militärische Kriegsführung. Das Ruhrgebiet lag kontinuierlich im Fadenkreuz alliierter Bomberflotten. Auch wenn heute vor allem die „Feuerstürme" von Dresden, Hamburg und Köln bekannt sind, waren die Verwüstungen im Revier mindestens ebenso verheerend. Mehrere Ruhrgebietsstädte beklagten 1945 einen Verlust von rund zwei Dritteln ihrer Bausubstanz.

Auch in Friedenszeiten genoss das Ruhrgebiet den Ruf eines Wirtschaftsmotors für ganz Deutschland. In der Weimarer Republik knüpften sich an Kohle und Stahl große Hoffnungen, nun für eine Etablierung der jungen Demokratie. Umso symbolträchtiger erschien vielen Deutschen die Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien, die das Reich von seiner „Lebensader" abzuschneiden drohte. In der jungen Bundesrepublik wiederum nahm die „Wachstumslokomotive" dank Korea-Boom und Westintegration erstaunlich schnell an Fahrt auf – und mehr noch: Ruhrkohle und Ruhrstahl trieben zugleich das sogenannte Wirtschaftswunder im übrigen Westdeutschland an.

Mit der wirtschaftlichen Schlüsselstellung der Region für ganz Deutschland gingen extreme Folgen für die Menschen und die Umwelt einher. Die Vernarbungen einer raschen Industrialisierung zeichneten sich an den Landschaften und Bewohner:innen des Reviers deutlich ab. Zwar hatten Halden und Schlote bereits im 19. Jahrhundert populäre Bilder von einem „Land der tausend Feuer" grundiert, das zur europäischen Modellregion der Industriemoderne aufstieg. Doch erst seit den 1910er Jahren begann allmählich eine intensivere Auseinandersetzung mit den konkreten Auswirkungen auf den Industriearbeiter, dessen Geburtsstätte für viele Zeitgenoss:innen im Ruhrgebiet lag.

Konzerne und Kommunen erprobten sozialpolitische, medizinische und betriebliche Maßnahmen, mit denen die Folgen der Industriearbeit „geheilt" – oder besser noch: präventiv verhindert – werden sollten. In der Weimarer Republik avancierte das Revier zum Standort vieler Forschungseinrichtungen und zum Schauplatz wegweisender Studien, mit denen das Leben in der Industriemoderne verstanden und „verbessert" werden sollte. In dieser Zeit entstanden auch viel beachtete Sozialreportagen, die das „Schwarze Revier"[1] einem breiten Publikum vorführten. Spätestens jetzt verwandelte sich das Ruhrgebiet zu *dem* Laboratorium der Industriemoderne. Deutschland- und europaweit galt es als Referenzregion, in der Voraussetzungen, Formen und Folgen des Lebens im Industriezeitalter beobachtet und „behandelt" wurden.

---

1 Heinrich Hauser: Schwarzes Revier, hg. von Barbara Weidle, Bonn 2010.

Auch mit Blick auf die Umweltfolgen der Industriearbeit entwickelte sich im Ruhrgebiet nach und nach ein Problembewusstsein. Bereits während der 1910er Jahre blickten Rheinländer und Westfalen besorgt auf eine Verschandelung der Landschaft durch den montanindustriellen Flächenfraß, auf die Luft- und Wasserverschmutzung sowie auf die „Lärmpest", die sich nicht nur an Flora und Fauna abzeichneten. Im und am Ruhrgebiet entzündeten sich daher frühe Debatten um den „Heimatschutz", wie der Natur- bzw. Umweltschutz zeitgenössisch meist bezeichnet wurden. Eine echte Verbesserung für die Umwelt erbrachten solche Debatten lange Zeit nicht. Stattdessen manifestierte sich im Heimatschutz eine diffuse Kritik an der Industriemoderne, für die das Ruhrgebiet die perfekte Projektionsfläche abgab: Eine industrielle „Degeneration" von Mensch und Landschaft schien sich hier wie unter einem Brennglas abzuzeichnen. Auch in dieser Hinsicht wurde das Ruhrgebiet als Laboratorium wahrgenommen, nun also als „Schreckbild", in dem die Auswüchse modernen Lebens sichtbar wurden.

Bis zu ersten konkreteren Schritten zum Schutz der Umwelt dauerte es bis in die 1960er Jahre, als das Ruhrgebiet einmal mehr zum Prototyp für die gesamte Bundesrepublik erhoben wurde. Im Bundestagswahlkampf 1961 formulierte der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Willy Brandt eine Forderung, die noch heute als Startschuss für eine bundesdeutsche Umweltpolitik gilt: „Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden."[2] Tatsächlich bot der Ballungsraum zu dieser Zeit besonders bedrückende Beispiele für die Schattenseiten der Industrialisierung, wie sie der *Spiegel*-Titel „Blauer Himmel über der Ruhr" im selben Jahr in düsteren Grautönen nachzeichnete. Das Magazin schrieb vom „Ascheregen" in Duisburg, von „Gespensterwäldern bei Bottrop, Gladbeck und Herten", von Deutschlands „Kohlenkellerkindern" und entwarf damit das Bild von einer Region, die weltweit als Paradebeispiel für Umweltverschmutzung herhalten musste: „Klima und Lebensgewohnheiten der Ruhrbewohner werden von dem Auswurf der Industrie wie in keinem anderen Landstrich der Erde bestimmt."[3] Obwohl es mit dem blauen Himmel über der Ruhr noch einige Zeit dauern sollte, unterstreichen auch die umweltpolitischen Auseinandersetzungen noch einmal unseren Ausgangsbefund: Das Ruhrgebiet avancierte im Laufe des 20. Jahrhunderts zu *dem* Laboratorium der Industriemoderne, in dem Chancen und Schattenseiten des Lebens in modernen Zeiten erkundet wurden.

Aus heutiger Perspektive wird das Ruhrgebiet noch in ganz anderer Hinsicht als Experimentierfeld verstanden, nämlich als Fallbeispiel für Voraussetzungen, Verläufe und Folgen des „Strukturwandels". Der Begriff „Strukturwandel" wird häufig auf die Entwicklungen im Ruhrgebiet seit den 1960er und 1970er Jahren gemünzt. In dieser regionalen Engführung geraten allerdings die vielen Strukturwandel, beispielsweise der Landwirtschaft, der Textil- und Möbelindustrien, die andere Regionen in Nordrhein-Westfalen und Deutschland ungleich stärker betrafen, oft aus dem Blickfeld. Die Beiträge dieses Bandes machen darüber hinaus deutlich, dass der Strukturwandel auch im Ruhrgebiet sehr viel mehr war als die bekannten Kohle- und Stahlkrisen der 1960er und 1970er Jahre. Politische, technische, wirtschaftliche, demografische, soziale und kulturelle Umbrüche forderten die Bewohner:innen, Kommunen und Konzerne des Reviers seit dem Ersten Weltkrieg wiederholt heraus.

So brachten die frühen 1920er Jahre nicht nur wegen der Ruhrbesetzung oder angesichts bürgerkriegsähnlicher Zustände im Verlaufe des Kapp-Putsches und der Gegenwehr der „Roten Ruhrarmee" schwere Verwerfungen mit sich. Zeitgleich verschoben sich die Schwerpunkte des Ruhrbergbaus immer weiter in Richtung der nördlichen, westlichen und östlichen Säume der Region, während er sich aus den südlichen Revieren bereits fast vollständig zurückzog und im zentralen Ruhrgebiet zunehmend von gemischtwirtschaftlichen Strukturen eingehegt wurde. Der Rückzug des Steinkohlenbergbaus als Auslöser des wirtschaftlichen Strukturwandels begann in Teilen des Ruhrgebiets bereits vor dem Zweiten Weltkrieg. Durch technische und betriebsorganisatorische Umbrüche gingen darüber hinaus bereits in dem Jahrfünft zwischen 1923 und 1928 im Ruhrbergbau rund 180.000 Arbeitsplätze verloren. Bis zum Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1932 folgte der Abbau weiterer

2 Franz-Josef Brüggemeier/Thomas Rommelspacher: Blauer Himmel über der Ruhr. Geschichte der Umwelt im Ruhrgebiet 1840–1990, Essen 1992.

3 Der Spiegel, 8.8.1961.

170.000 Bergbaustellen. Das durch seine Stellung in den internationalen Wertschöpfungsketten von der Weltwirtschaftskrise besonders stark betroffene Ruhrgebiet erlebte eine bislang beispiellose Massenarbeitslosigkeit.

Im Übrigen war „der" Strukturwandel im Ruhrgebiet vielfältig, wie die Beiträge dieses Bandes nachweisen. Man könnte daher anstatt von „dem" Strukturwandel eher von einer Polykrise oder von Strukturwandeln im Plural sprechen. Die Steinkohlekrise seit den späten 1950er Jahren stellte das Geschäftsmodell vieler Großunternehmen an der Ruhr zu einem Zeitpunkt in Frage, als das „Wirtschaftswunder" in anderen Regionen der Bundesrepublik erst richtig Fahrt aufnahm. Auch der Untergang der Textilindustrie oder die Transformation der chemischen Industrie beschäftigten das Revier schon lange vor der Stahlkrise der 1970er Jahre und der nachfolgenden grassierenden Arbeitslosigkeit, die heute oft als Zäsur für eine Zeit „nach dem Boom" gesetzt werden.

Das Ruhrgebiet befand sich in dem hier behandelten Zeitraum in ständiger Transformation. Es war nicht nur Impulsgeber und Bühne für politische und wirtschaftliche Entwicklungen in ganz Deutschland und Europa bzw. der Schauplatz, an dem sich die „großen" Wandlungsprozesse des 20. Jahrhunderts gewissermaßen „im Kleinen" niederschlugen. Darüber hinaus war und ist das Ruhrgebiet eine ganz besondere Region mit ebenso besonderen Rahmenbedingungen und Eigenlogiken, die keineswegs in der „großen" Geschichte aufgingen und nicht allein entlang großer politischer Zäsuren verliefen. Vielmehr zeichnen die Beiträge dieses Bandes vielfältige, auch weniger bekannte Entwicklungen der Region nach, die mitunter gängige Klischees in Frage stellen und damit eine andere Geschichte vom Ruhrgebiet erzählen.

So hält uns Helen Wagner mit ihrem Beitrag vor Augen, dass „das Ruhrgebiet" als eigenständige Region und politischer Handlungsraum erst während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts allmählich jene Konturen gewann, die uns heute so selbstverständlich erscheinen. Aus dem im „langen 19. Jahrhundert" entstehenden Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk, von dem auch noch der Titel des ersten Bandes dieser Buchreihe spricht, formte sich nun das Ruhrgebiet. Insbesondere in der Gründung des „Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk" (SVR) im Jahr 1920 zeichnet Wagner eine Initialzündung für eine Konjunktur neuer Raumbilder der Region nach. Der SVR begründete seine Regionalplanung mit spezifischen Raumvorstellungen, die politische Handlungsfelder abstecken und damit auch die Tätigkeit des Verbands legitimieren sollten. Insofern erfand der SVR in den 1920er Jahren nicht nur das „Ruhrgebiet", sondern auch die Regionalplanung als solche – und damit ein Stück weit sich selbst.

Raumvorstellungen sowie Fremd- und Selbstwahrnehmungen des Reviers blieben bis Ende der 1960er Jahre umstritten und höchst wandelbar. Wagner führt in ihrem Beitrag mehrere Ursachen zur Erklärung dieser Dynamiken und Dissonanzen an. Erstens war die Region viel zu vielfältig, als dass man sie auf einen einfachen Begriff bringen konnte. So schloss das SVR-Gebiet von 1920 außer der industriellen Kernzone auch Kommunen und Kreise ein, in denen es kaum oder keine Montanindustrie gab. Das verbreitete Klischee vom Revier als festgefügter Stadtlandschaft widersprach also dem Selbstverständnis vieler Orte und sorgte für tiefgehende Konflikte zwischen Oberzentren und Mittelstädten, die sich von populären Raumvorstellungen übergangen sahen. Zweitens stand die Region lange Zeit im Fokus zweier Provinzen, dem Rheinland und Westfalen, die eine Raumplanung der Region argwöhnisch als Begrenzung ihrer eigenen Handlungsräume beäugten. Vor allem aber stellte – drittens – der scharfe Wettbewerb der großen Revierstädte Raumvorstellungen und Regionalplanungen immer wieder auf den Kopf. Das „Ruhrgebiet" war immer auch Spielball einer Kirchturmpolitik, die Vorstellungen von einem geschlossenen Raum wiederholt in ihre (Stadt-)Grenzen verwies.

Die Dynamik der regionalen Zuschreibungen sowie Selbst- und Fremdwahrnehmungen des Ruhrgebiets entstanden nicht nur in Folge ihrer ständigen Aushandlung durch verschiedene Akteur:innen. Sie waren ebenso „Kinder ihrer Zeit" und damit Ausdruck zeitgenössischer Interessen. Vor diesem Hintergrund erklärt Wagner erstaunliche Kontinuitäten über politische Zäsuren hinweg, beispielsweise zwischen der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus, aber auch über das Kriegsende 1945 hinaus. Die Vorstellung eines „kranken" Raumes, der durch eine „gesunde" Regionalplanung in ein „besseres" Ruhrgebiet verwandelt werden sollte, war keine Besonderheit im „Dritten Reich", sondern lange vorher verbreitet und bis in die 1960er Jah-

re fortwirkend. Mit zeitgenössischen Interessen erklärt Wagner auch ihren – auf den ersten Blick paradox klingenden – Befund einer allmählichen Homogenisierung von Raumbildern und eine gewisse Geschlossenheit der Region seit den späten 1960er Jahren. Die mit den Zechenschließungen beginnenden Dauerkrisen machten ein gemeinsames Selbstbild für unterschiedliche Interessen anschlussfähig und zu einem breiten Identifikationsangebot. Das Ruhrgebiet wurde also seit dem Ersten Weltkrieg gedacht und gemacht – und bis heute immer wieder neu gedacht und gemacht.

Aus wirtschafts- und unternehmenshistorischer Perspektive stellen Christian Kleinschmidt, Karl Lauschke und Torben Möbius die Entwicklung der Ruhrwirtschaft vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der 1960er Jahre dar, die in diesem Zeitraum maßgeblich von der Montanindustrie geprägt war. Sie beleuchten dabei die wirtschafts- und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen sowie Fragen der industriellen Beziehungen. Ihr Beitrag erweitert zudem den Blick auf die Geschichte der Region um nationale und internationale Dimensionen. Naheliegend ist dieser Zusammenhang für die europäische Ebene, war die Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) im Jahr 1951 doch bekanntlich auch ein Versuch der westlichen Besatzungsmächte, die ehemalige Rüstkammer des Reichs ein für alle Mal durch internationale Verflechtungen einzuhegen und zu pazifizieren. In diesem Sinne schlug die Geburtsstunde der heutigen Europäischen Union auch – und besonders früh – im Ruhrgebiet. Weniger naheliegend sind hingegen die tiefen Wurzeln der europäischen Verflechtung bis zur Gründung der „Internationalen Rohstahlgemeinschaft" in der Mitte der 1920er Jahre, die Kleinschmidt, Lauschke und Möbius in ihrem Beitrag freilegen. Die großen Unternehmen der Schwerindustrie warfen schon früh begierige Blicke über den deutschen Tellerrand hinaus, um neue Absatzmärkte zu erschließen und den nationalen Krisen stabile internationale Wirtschaftsbeziehungen entgegenzustellen.

Der Blick auf die Montanindustrie ermöglicht es Kleinschmidt, Lauschke und Möbius, konkrete Aushandlungsprozesse und damit auch Konflikte zwischen Staat, Betrieb und Belegschaften nachzuzeichnen. Sie verfolgen einen akteurszentrierten Zugriff, der Handlungsfelder aufdeckt und damit Erfahrungen und Erwartungshaltungen, z. B. von Unternehmern, Managern und Beschäftigten, als Triebfedern des Wirtschaftens an der Ruhr greifbar macht. Für die Zeit des Nationalsozialismus ist der Fokus auf konkrete Akteure und Aushandlungsprozesse besonders wertvoll. So zeigen die drei Autoren, dass gelegentliche Kritik der Ruhrgebietsindustriellen an Ausrichtungen der Rüstungspolitik keineswegs als Resistenz, geschweige denn als Widerstand gegen das NS-Regime misszuverstehen ist. Vielmehr waren für die meisten Unternehmen Absatzmärkte und unternehmerische Eigenständigkeit das ausschlaggebende Motiv für Kritik, beispielsweise an der NS-Autarkiepolitik. Auch die anfänglichen Vorbehalte aus der Ruhrgebietsindustrie gegen die Zwangsbeschäftigung von Kriegsgefangenen, zivilen Zwangsarbeiter:innen und Konzentrationslagerhäftlingen wichen im Kriegsverlauf situativen Arrangements, die das Regime letztlich stabilisierten.

Der Fokus auf die montanindustriellen Unternehmen erweist sich auch hinsichtlich der Wandlungsprozesse seit den späten 1950er Jahren als ergiebige Perspektive. So zeigen Kleinschmidt, Lauschke und Möbius an mehreren Beispielen die unterschiedlichen Reaktionen der Akteure auf die zeitgenössischen Krisen auf. Zunächst einmal veränderte sich das Zusammenspiel zwischen Unternehmern und Gewerkschaften durch die Einführung der Montanmitbestimmung, die allerdings vor allem im Eisen- und Stahlbereich von Unternehmerseite bald zunehmend in Frage gestellt wurde. Außerdem erhöhte sich seit den 1950er und 1960er Jahren der Druck auf die Unternehmen, die unterschiedliche Wege zur Stabilisierung ihrer Geschäftsfelder beschritten. Neben Fusionen und Kooperationen mit internationalen Wettbewerbern suchten viele Unternehmen ihr Heil in einer Diversifizierung.

Eine weitere, eher unbekannte Erzählung vom Ruhrgebiet präsentieren Jan Kellershohn und Franziska Rehlinghaus in ihrem Beitrag zur Wissens- und Bildungsgeschichte. Darin widerlegen sie die nach wie vor populäre Vorstellung, dass das Ruhrgebiet bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein eine bildungsferne Region gewesen sei. Bis heute bekannte Bonmots, zum Beispiel die Kaiser Wilhelm II. zugeschriebene Äußerung, dass in das Ruhrgebiet keine Universitäten gehörten, verdecken den Blick auf eine vielfältige – wenn auch weitgehend an den Interessen der Montanwirtschaft ausgerichtete – Wissens-, Erziehungs- und Bil-

dungsregion, die sich seit dem ausgehenden Kaiserreich und somit Jahrzehnte vor ihrer Etablierung als Hochschullandschaft formierte.

Kellershohn und Rehlinghaus entfalten in ihrem Beitrag ein breites Spektrum an Bildungsträgern, die von Anfang an auch und gerade Arbeiterinnen und Arbeiter adressierten. Ihr Fokus auf die unterbürgerlichen Schichten enthüllt eine eigentümliche Ambivalenz der Bildungsregion, in der sich besondere Rahmenbedingungen des Reviers spiegelten. Einerseits waren viele Bildungsangebote auf praktische Bedürfnisse von Unternehmen zugeschnitten, die in eigenen Akademien und Schulen qualifizierte Fachkräfte ausbildeten. Andererseits reagierten Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Sozialkatholiken auf die unternehmerischen Bildungsinteressen und -angebote umso stärker mit eigenen Konzepten, die an den Interessen von Arbeitnehmenden ausgerichtet waren. Beide Seiten verstanden Bildung daher immer auch als „Menschenbildung", allerdings mit sehr unterschiedlichen Zielsetzungen. Während insbesondere die Montanindustrie auf eine sozialmoralische Eingliederung in die bestehende industrielle Welt durch Ausbildungsprogramme hoffte, setzten andere Bildungsträger auf eine unmittelbare „Lebenshilfe", die Auswege aus bestehenden Lebens- und Arbeitswelten eröffnen sollte.

Vor diesem Hintergrund ordnen Kellershohn und Rehlinghaus die Hochschulgründungen in Bochum, Dortmund, Duisburg und Essen seit Anfang der 1960er Jahre in die „longue durée" der Bildungsgeschichte ein. Zwar avancierten die neu gegründeten Universitäten schnell zu Impulsgebern für einen Strukturwandel hin zu einer neuen Wissensgesellschaft und damit zu Leuchttürmen der gesellschaftlichen Transformation. In historischer Perspektive baute die Bildungsexpansion indes auf zahlreichen Vorgängerinstitutionen wie den Pädagogischen Akademien, den Kunst-, Handwerker-, Maschinenbau- und Bergschulen auf. Sie eröffneten den neu gegründeten Universitäten ein gut bestelltes Feld und boten gute Startvoraussetzungen, die in späteren bildungspolitischen Debatten meist in Vergessenheit gerieten.

In einer anderen Hinsicht allerdings markieren die Ruhrgebietsuniversitäten nach Kellershohn und Rehlinghaus umso mehr eine Zäsur. Mit ihren Curricula etablierten sie akademische Standards, mit denen die bislang vorherrschende regionale Wissensproduktion allmählich an Attraktivität verlor. Zwar sind die Ruhruniversitäten heutzutage dank Gründungsinitiativen und Technologiezentren tief in der regionalen Gesellschaft und Wirtschaft verwurzelt. Von der früheren Prägekraft für das regionale Selbstverständnis ist im Bildungsbereich heute jedoch sehr viel weniger zu spüren. Der Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft prägte letztlich also das Selbstverständnis einer Bildungsregion, die sich seit den 1960er Jahren allmählich „entregionalisieren" sollte.

Der anschließende Beitrag von Hans-Christoph Seidel betrachtet die Ruhrgebietsgesellschaft aus migrations- und demografiehistorischer Perspektive. Migrationshistorisch endete mit dem Ersten Weltkrieg eine jahrzehntelange Periode, die den Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk zu einer der europäischen Regionen mit der stärksten Zuwanderung machte. Seine Anziehungskraft ging fast ausschließlich vom schwerindustriellen Arbeitsmarkt aus, dessen Aufnahmefähigkeit mit dem Aufstieg von Konzernen auf Kohle-, Eisen- und Stahlbasis kontinuierlich wuchs. Seit dem Ersten Weltkrieg zeichnete die regionale Migrationsgeschichte dagegen ein komplexeres Bild. Bis in die 1970er Jahre hinein blieb der schwerindustrielle Arbeitsmarkt zwar ein bestimmender Faktor für Migrationsprozesse, seine krisenhaften Erschütterungen führten nun aber über lange Phasen ebenso zu Abwanderungen. Auch für die Wanderungsströme innerhalb der Region war es entscheidend, wie sich die montanindustriellen Standorte entwickelten. Wo sie noch ausgebaut wurden – dies war noch an den Säumen der Region häufig der Fall –, gab es weiterhin Zuwanderung, wo sie schrumpften oder ganz aufgegeben wurden – im Süden und im Kern des Reviers –, fiel die Wanderungsbilanz negativ aus.

Des Weiteren prägten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die durch die beiden Weltkriege ausgelösten Zwangs-, Gewalt- und Kriegsfolgemigrationen in hohem Maße die regionale Migrationsgeschichte. Nicht der Umstand selbst, jedoch das außergewöhnliche Ausmaß, in dem das Ruhrgebiet in diese Kriegs- und Kriegsfolgemigrationen einbezogen war, verweist einmal mehr auf seine wirtschaftliche Ausnahmestellung. Seidels Beitrag macht deutlich, dass die Migrationsgeschichte des Ruhrgebiets im 20. Jahrhundert deutlich differenzierter verlief, als es das immer noch wirkmächtige Bild des „Melting Pot", einer Zuwanderungsgesellschaft, die die

Zuwandernden vor allem über die montanindustrielle Arbeitswelt erfolgreich eingliedert(e), suggeriert.

Im rasanten industriellen Wachstum war bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs im Ruhrgebiet eine Gesellschaft entstanden, die insofern extreme demografische Kennzeichen aufwies, als dass sich diese sowohl von nationalen Durchschnittswerten als auch von den demografischen Konstellationen der benachbarten Regionen erheblich unterschieden. Zu diesen Kennzeichen zählten ihre Männlichkeit, ihre Jugendlichkeit, ihre Geburtenfreudigkeit und ihre geringe Sterblichkeit. Seidels Beitrag zeigt auf, dass sich diese demografischen Besonderheiten der Region bis zu den 1970er Jahren vollkommen abschliffen. Diese Entwicklung vollzog sich im Zusammenspiel eines säkularen demografischen Wandels als Folge der Weltkriege und aufgrund der Besonderheiten der wirtschaftlichen Entwicklung im Ruhrgebiet sowie bevölkerungspolitischer Maßnahmen, deren Auswirkungen sich aber kaum im Einzelnen zuordnen lassen.

Die Abfassung eines Beitrags zur „Regionalen politischen Kultur in Krisenzeiten" hatte zunächst Ludger Claßen mit großer Begeisterung in Angriff genommen. Als abzusehen war, dass seine schwere Erkrankung ihm nicht genug Kraft lassen würde, den Beitrag alleine zu vollenden, gewann er seinen Freund und Kollegen Stefan Goch als Co-Autor. Nach Ludger Claßens viel zu frühem Tod hat Stefan Goch den Beitrag fertiggestellt. Er hat dabei auf umfangreiche Vorarbeiten von Ludger Claßen zurückgreifen können, der im Folgenden abgedruckte Text entstand aber letztlich in seiner alleinigen Autorenschaft und Verantwortung. Goch untersucht die regionale politische Kultur in von ständigen Krisen geprägten Zeiten extremer Beschleunigung, die viele Menschen im Ruhrgebiet mit ebenso großer Verunsicherung erlebten. Die extreme Beschleunigung und Verunsicherung führt Goch im Wesentlichen darauf zurück, dass das Ruhrgebiet seit dem Ersten Weltkrieg nicht nur immer stärker in überregionale und internationale Entwicklungen einbezogen, sondern häufig sogar von diesen fremdbestimmt wurde.

Die starken Einflüsse durch Akteure „von außen" sowie überregionale und internationale Entwicklungen schliffen regionale Muster der politischen Kultur indes nicht ab, im Gegenteil. Goch zeigt, wie sehr regionsspezifisch zusammengesetzte Sozialgruppen und Sozialmilieus, spezifische Selbstverständnisse, Erfahrungen, Interessen und Machtverhältnisse „vor Ort" die Auseinandersetzungen bestimmten. Dabei hebt er insbesondere die spezifischen Merkmale und Eigenheiten der unterschiedlichen politischen Lager und Milieus hervor. Am Beispiel von Gruppenbildungen und Konflikten – u. a. zwischen Syndikalisten, Kommunisten und Sozialdemokraten im „linken" Spektrum oder zwischen freien und christlichen Gewerkschaften – zeichnet Goch eine komplexe politische Kultur nach, die sich nach sozialen Räumen und Topografien differenzierte und zwischen 1914 und den späten 1960er Jahren im ständigen Wandel begriffen war.

Besonders anschaulich werden regionale Reaktionen auf globale Entwicklungen in der politischen Kultur seit den 1950er Jahren, deren Politikmodell zunehmend auf Kompromiss und Konsens setzte und eine Sozialpartnerschaft zwischen Politik, Gewerkschaften und Unternehmen etablierte. Mit dieser tripartistischen Konstellation avancierte das Ruhrgebiet zum Vorbild des deutschen Korporatismus, was, so Goch, mit einer Ausstrahlung auf die gesamte Bundesrepublik und ihrer als soziale Marktwirtschaft und „Rheinischer Kapitalismus" bezeichneten Prägung einherging.

Im Gesamtüberblick zeichnet der vorliegende Band das Bild einer Region, die besonders stark von den Entwicklungen eines „Zeitalters der Extreme" (Eric Hobsbawm) betroffen war. Auch deshalb nahm das Ruhrgebiet zwischen dem Ersten Weltkrieg und den späten 1960er Jahren eine derart wechselvolle Entwicklung, für die sich selbst im internationalen Vergleich nur wenige weitere Beispiele finden lassen. Das Ruhrgebiet verwandelte sich in ein Laboratorium der Moderne, dessen Nachwirkungen mitunter noch heute spürbar sind.

***

Ein Buch ist immer ein Gemeinschaftsprodukt und auf gute Zusammenarbeit angewiesen. Insofern sind wir allen Autor:innen dieses Bandes zu großem Dank verpflichtet. Sie haben sich in den vergangenen Jahren in zahlreichen gemeinsamen Gesprächen und Workshops auf ein intensives Projekt eingelassen und dessen erfolgreichen Abschluss möglich gemacht. Dasselbe gilt für die Mitherausgeber:innen des Gesamtwerks, die uns mit Rat und Tat unterstützt und auf gelegentlichen

Durststrecken Kraft zum Weitermachen gegeben haben. Dank gilt auch den Verlagsmitarbeiter:innen, die die Publikation begleitet haben, insbesondere Julia Beenken, Kirsti Doepner, Jonas Hiese und Bettina Waringer. Unser größter Dank gebührt Jens Adamski, der auch diesen Band der Reihe von der Konzeption bis zur Drucklegung als Redakteur umsichtig betreut hat. Ohne seine Unterstützung und große Geduld – selbst in Zeiten herausfordernder Deadlines – wäre dieses Buch nicht erschienen.

Bochum und Münster, im Juni 2026
Hans-Christoph Seidel und Malte Thießen

Helen Wagner

EINE REGION MACHT SICH

Raumvorstellungen, Raumpraktiken und Raumbilder des Ruhrgebiets

1. Von Rübenkraut und Raumvorstellungen: Einführung

Als der Schriftsteller Josef Reding im September 1967 eine Rede über den „Mensch[en] im Revier“ auf dem Westfalentag hielt, erlaubte er sich zum Auftakt „zunächst eine Demonstration, ein Happening“.[1] Er präsentierte dem Publikum ein Plastikgefäß mit Rübenkraut als „bevorzugte[m] Brotaufstrich der Revierbevölkerung seit den industriellen Pionierzeiten“. Das Rübenkraut war nicht allein als launige Hommage an bodenständige regionale Ernährungsgewohnheiten gedacht, sondern diente dem Redner angesichts des Leitthemas „Lebensraum Ruhrgebiet“,[2] unter dem der Westfalentag 1967 stattfand, als „Indikator von Spannungssituationen an der Ruhr“.[3] Denn Reding, der als erfolgreicher Autor und Mitbegründer der Dortmunder Gruppe 61 mit seinen Essays, Kurzgeschichten und Gedichten zur Arbeitswelt weit über das Ruhrgebiet hinaus Bekanntheit erlangt hatte, war angesichts der Krise im Ruhrbergbau nicht nach einer fröhlichen Festrede zu Mute. Wie die *FAZ* berichtete, glich sein Auftritt vielmehr einem „Paukenschlag mitten in der festlich gestimmten Versammlung des Westfälischen Heimatbundes“.[4] Die Rede erregte so viel Aufmerksamkeit, dass weitere überregionale, „sogar internationale Zeitungen und Zeitschriften berichteten“[5] und Auszüge im Radio gesendet wurden.

Das Rübenkraut stand für Reding als Symptom für die Nöte der Ruhrgebietsbevölkerung: Ende der 1960er Jahre habe diese angesichts des Zechensterbens wieder massenhaft zu jenem billigen, aber nahrhaften Brotaufstrich greifen müssen, der noch kurz zuvor in der „Mitte der sogenannten ‚Wirtschaftswunderjahre‘ in den Konsumläden nicht mehr erhältlich“ gewesen sei.[6] Die vermeintliche Rückkehr des Rübenkrauts auf die Esstische des Ruhrgebiets zeichnete also ein düsteres Bild der Region. Um solche Bilder und Vorstellungen des Ruhrgebiets, um ihre Entstehung und Entwicklung zwischen 1914 und 1969, geht es in diesem Beitrag. Um zu verstehen, wie Raumbilder und Raumvorstellungen entstehen, wie sie beschaffen sind und wie sie dazu beitragen, das Ruhrgebiet als Raum überhaupt erst hervorzubringen, lohnt zunächst ein Blick auf das Bild der Region, das Reding im Jahr 1967, also zum Ende des in diesem Beitrag beleuchteten Zeitraums, zeichnete.

Auf dem Westfalentag hatte vor allem die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung geplante Gebietsreform für Aufregung und Diskussionen gesorgt.[7]

---

1 Josef Reding: Der Mensch im Revier. Rede auf dem Westfalentag 1967 in der Dortmunder Westfalenhalle, in: ders.: Der Mensch im Revier. Essays, Köln 1988, S. 7–25, S. 7. Ebenso das unmittelbar folgende Zitat.

2 Wilhelm Schulte: Der Westfälische Heimatbund und seine Vorläufer. Band II, Münster 1973, S. 291.

3 Reding, Mensch, S. 7.

4 Lothar Bewerunge: Wandern ohne Sorgen und singen in den Morgen. Wie der westfälische Heimatbund in Dortmund das Ruhrgebiet entdeckt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.9.1967.

5 Martin Willems: „Wenne keine anständige Maloche hass“. Josef Reding: Der Mensch im Revier (1967), in: Moritz Baßler u. a. (Hg.): Vom Heimatroman zum Agitprop. Die Literatur Westfalens 1945–1975, 118 Essays, Bielefeld 2016, S. 294–296, S. 294.

6 Reding, Mensch, S. 7.

7 Vgl. Bewerunge, Wandern.

Im Zuge dieser Reform wurden ab Mitte der 1960er Jahre unter anderem Städte, Kreise und Gemeinden neu zusammengesetzt sowie deren Zugehörigkeit zum rheinischen oder westfälschen Landesteil neu geordnet, was vielfach zu Protest führte.[8] Aus Redings Sicht lag der wahre Grund für Aufregung und Sorge jedoch nicht in der Frage neuer kommunaler Grenzziehungen, sondern im Abbau von Arbeitsplätzen und im damit einhergehenden Bevölkerungsschwund. So appellierte er an das Publikum, das im Wesentlichen aus in Heimatvereinen engagierten Bürger:innen, Politiker:innen, Verwaltungsbeamt:innen und Denkmalschützer:innen bestand: „Vor allem aber: [Der Slogan] ‚Wir lassen Westfalen nicht anknabbern!' kann doch wohl nicht nur eng im Sinne einer möglichen sakrilegischen Grenzsteinverrückung aufgefaßt werden. Denn wer in den letzten Jahren von der Hauptstadt Westfalens aus einmal scharf und mit Sorge ins Ruhrgebiet hineingeschaut hat, dem kann es doch nicht entgangen sein, daß der westfälische Teil des Reviers, für den man doch die Mitsorge übernommen hat, längst angeknabbert wird, und zwar von innen heraus, von der Substanz, von den Arbeitsplätzen her."[9] Der Dortmunder Schriftsteller beschrieb die durch den Arbeitsplatzabbau zunehmend befeuerte Abwanderung aus dem Ruhrgebiet gar als „Exodus": „[I]m Zeitraum eines Jahres verliert das Revier die Bevölkerung einer Großstadt." Der Ruhrsiedlungsverband, der sich der Krise naheliegenderweise hätte annehmen können, war aus Redings Sicht handlungsunfähig, beschränkt auf „die Ohnmacht der bloßen Empfehlung". Auch hinsichtlich der Frage, ob der *Westfälische Heimatbund* einen sinnvollen Beitrag zum Kampf gegen den Bevölkerungsschwund leisten könnte, war der Festredner skeptisch. Reding lehnte jede Heimattümelei ab, mit der vermeintlich natürliche, urwüchsige westfälische Eigenschaften positiv überhöht und auf die Bevölkerung des Ruhrgebiets übertragen würden. Insofern warnte er das Publikum vor rassistischen und völkischen Untertönen der Heimatbewegung der 1920er und 1930er Jahre, die in den Jahren der NS-Herrschaft einen „korrumpierte[n] Begriff", ja eine „Pervertierung der Heimat" hervorgebracht habe. Ebenso scharf kritisierte er Vorstellungen eines idealisierten Heimatbegriffs, mit dem ein „stadtfeindliches Heimatklischee, ein erstarrter Heimatfanatismus ruralen Ursprungs" gepflegt werde. Solche Vorstellungen verteufelten die Stadt als Lebensraum, „sobald sich die Stadt um Förderturm und Hochofen gruppierte, statt um Burg und Dom". Reding forderte „für den Menschen im Revier eine neue, eine andere Definition des Begriffs ‚Heimat'", die freiheitlich, offen und dynamisch sein müsse.

Ein Gräuel war ihm aber nicht nur eine Überhöhung des ländlichen Westfalens, sondern ebenso eine Mythisierung des industriellen Ruhrgebiets, wie das energische Plädoyer am Ende seiner Rede zeigt:

> „Der Mensch im Revier will seine Umwelt nicht zu einem Mythos aufblähen lassen. Auch nicht zu einem Mythos, der sich durch eine Addierung von für reviertypisch gehaltenen Gewohnheiten ergeben könnte. […] Wer meint, daß Fußball, Bier und Taube den Revierbewohner als eine Art Narkotika über eine aussichtlose Zukunft hinwegtrösten könnten, der ist zum anderen Mal einem kolportierten Klischee dieser Landschaft und ihrer Menschen erlegen. Das Revier hat im Verlauf seiner geschichtlich vergleichsweise kurzen, dafür aber bis zum Verglühen intensiven Existenz nie eine Hymne, ein Banner-Signet, ein Wappen nötig gehabt. Das entspricht der Bevölkerung, die auf repräsentatives Dekor unschwer verzichten konnte. Der Mensch zwischen Emscher, Lippe und Ruhr wird auch in Zukunft solche Embleme für entbehrlich halten. Was er aber nicht entbehren kann, ist ein wie auch immer beschaffener Ausblick in seine Revier-Zukunft, ist die Vision. Noch ist das Revier lebendig, noch ist es nur ‚verkröppt'. Noch ist es nicht zu seinem eigenen Museum erstarrt. Ob es aber vital weiterexistieren darf, hängt zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr allein von den Menschen ab, die sich diese Landschaft erarbeitet haben."

Redings Blick auf das Ruhrgebiet ist in mehrfacher Hinsicht charakteristisch für Bilder und Vorstellungen von der Region. So wird deutlich, dass das Ruhrgebiet als Raum nicht an sich gegeben ist, sondern dass es konstruiert, gemacht wird. Die Frage, was zum Ruhrgebiet

8 Vgl. z. B. Erna-Johanna Fiebig/Rainer Weichelt: Glabotki is nich! Zur Geschichte der kommunalen Neugliederung im Ruhrgebiet am Beispiel des Raums Gladbeck/Bottrop/Kirchhellen, Essen 1989.

9 Reding, Mensch, S. 23. Die folgenden Zitate finden sich ebd. auf S. 9–25. Hervorhebungen im Original.

gehört, war und ist ebenso umstritten und historischem Wandel unterworfen wie die Frage, wozu das Ruhrgebiet gehört, ob es also zu Westfalen oder zum Rheinland zählt oder eine eigenständige Raumeinheit bildet. So war die bis heute bestehende Zugehörigkeit zu den drei Regierungsbezirken Düsseldorf, Münster und Arnsberg bereits in der Vergangenheit umstritten. Immer wieder wurde die Zugehörigkeit im Rahmen staatlicher Ordnungspolitik wie der Gebietsreform Ende der 1960er Jahre zum Gegenstand politischer Debatten.

Die Antwort auf die Frage, was zum Ruhrgebiet zählt und wie eigenständig die Region als räumliche Einheit ist, hängt also mit einer normativen staatlichen Praxis zusammen, die unter anderem über den Erlass von Gesetzen und die Einteilung in Verwaltungsbezirke die Entwicklung der Region beeinflusst. Wie sich das Ruhrgebiet als Raum entwickelt, ist aber auch das Ergebnis regionaler Planung, wie sie vom 1920 gegründeten Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) ausging. Die Kompetenzen des 1979 in Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) und 2004 schließlich in Regionalverband Ruhr (RVR) umbenannten Verbands veränderten sich zwar im Laufe der Zeit. Dennoch ist sein Einfluss auf die räumliche Gestaltung des Ruhrgebiets durch das Aufstellen von Raumplänen sowie die Anlage von Wohnbebauung, Grünzügen und Infrastruktur nicht zu unterschätzen. Häufig wird das Verbandsgebiet sogar mit der Definition des Ruhrgebiets als Region gleichgesetzt. Die Entwicklung des Ruhrgebiets durch Praktiken der Raumgestaltung wird im ersten Abschnitt dieses Beitrags unter der Überschrift „der normierte Raum“ aufgegriffen.

Die administrative Aufteilung und planerische Gestaltung des Ruhrgebiets sind aber nicht allein ausschlaggebend dafür, was die Region als Raum ausmacht. Es stellt sich zugleich die Frage nach einer eigenständigen, von Westfalen und dem Rheinland unabhängigen Identität der Region. Die enge Verbindung bis hin zur Gleichsetzung von Industrie, Arbeiterschaft und Region ist charakteristisch für die Wahrnehmung des Ruhrgebiets. Hierbei kommt der Repräsentation des Raums in schriftstellerischen, aber auch in weiteren künstlerischen Darstellungsformen große Bedeutung zu. Auch die Frage, mit welchen Namen der Raum bezeichnet wird, ob man wie Reding vom „Revier“ oder vom „Ruhrpott“, vom „Ruhrgebiet“, vom „Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet“, vom „Ruhrkohlenbezirk“ oder vom „Ruhrland“ spricht, ist keineswegs unbedeutend. Vielmehr verbinden sich damit unterschiedliche Vorstellungen des bezeichneten Raums, seiner Ausdehnung und Beschaffenheit, aber auch seiner Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Solche Vorstellungen und ihr Einfluss auf die räumliche Entwicklung des Ruhrgebiets werden im zweiten Abschnitt als „der imaginierte Raum“ betrachtet.

Eng verbunden mit solchen räumlichen Imaginationen ist die Frage, ob das Ruhrgebiet der Vorstellung von „Heimat“ gerecht werden kann – eine Frage, zu der auch Reding auf der Veranstaltung des Westfälischen Heimatbunds Stellung nahm. Dies war keinesfalls lediglich eine Frage des ästhetischen Geschmacks, die im Sinne eines Abgleichs der Landschaft mit Bildern populärer Heimatfilme zu entscheiden gewesen wäre. Vielmehr barg diese Vorstellung eine zutiefst politische Dimension, wie Reding in seiner Kritik an der völkischen Auslegung des Heimatbegriffs in den 1920er und 1930er Jahren deutlich machte. Die Frage, ob das Ruhrgebiet Heimat sein könne, war ebenso Gegenstand wissenschaftlicher Diskussionen, mit denen in der Zwischenkriegszeit versucht wurde, den rasant wachsenden industriellen Siedlungsraum zu vermessen und seine durch Migration geprägte Bevölkerungsstruktur analytisch zu durchdringen. So entstanden sowohl Bezeichnungen für das Ruhrgebiet als Raum als auch für seine Bevölkerung, für die der Begriff des „Ruhrvolks“ geprägt wurde. In dieser Bezeichnung schlug sich die Vorstellung eines regional spezifischen Menschenschlags nieder, an dessen Entstehung gerade die sich in der Zwischenkriegszeit entwickelnde, wissenschaftliche Sozialforschung erheblichen Anteil hatte. Und selbst Karten sind nicht einfach Abbilder des Raums, die auf seiner wissenschaftlichen Vermessung beruhen, sondern bringen spezifische Bilder des Raums hervor. Vorstellungen des Ruhrgebiets, die Ergebnisse der Praxis von Wissenschaft und Forschung sind, werden im dritten Abschnitt unter der Bezeichnung „der erforschte Raum“ thematisiert.

Auf die Frage, ob das Ruhrgebiet den Imaginationen von Heimat gerecht werden konnte, hatte aber auch der Eindruck Einfluss, den man sich innerhalb und außerhalb der Region von ihr machte. Um das Erscheinungsbild kümmerte sich nicht nur der SVR, der neben der Raumplanung auch für die Imagepolitik der Region zuständig war, sondern ebenso einzelne Städte des Ruhr-

gebiets. Sie versuchten häufig, sich vom schlechten Image des schmutzigen Industriegebiets abzusetzen und in ihrer Außendarstellung gängige Bilder einer konventionellen landschaftlichen Idylle zu reproduzieren, um für Unternehmen und deren Belegschaft als attraktiver Standort zu erscheinen. Andere Wirtschaftsstandorte außerhalb des Ruhrgebiets nutzten wiederum das Schreckbild vom „Mief im Ruhrpott" als Anwerbestrategie. Dass sich das Bild des Ruhrgebiets als einer von Industrie dominierten, verrußten und grauen Landschaft überhaupt etablierte und zum Gegenstand von Imagepolitik wurde, hat viel mit der Literatur und Fotografie der Zwischenkriegszeit zu tun, in der der Ballungsraum zum gefragten Sujet einer Beobachtung von innen und außen wurde. Die Darstellung der Industrieregion schwankte zwischen Faszination und Abscheu, zwischen Begeisterung für die Technik und der Verachtung für die damit verbundenen Lebensumstände, zwischen politischer Überhöhung und skeptischem Beäugen der Arbeiterschaft. Bilder und Vorstellungen, die das Ergebnis imagepolitischer, fotografischer oder beschreibender Praktiken sind, die das Ruhrgebiet als Raum sichtbar machen, werden im vierten Abschnitt als „der gezeigte Raum" betrachtet.

Raumbilder und -vorstellungen entstehen aber nicht nur über das Zeigen *des* Raums, sondern auch über das Zeigen *im* Raum, über Inszenierungen. Hier können beispielsweise künstlerische Aktions- und politische Protestformen der späten 1960er Jahre hervorgehoben werden, die sich häufig durch eine Inbesitznahme von Räumen auszeichneten. Sie gewannen ihre Bedeutung durch die Anwesenheit von Publikum im konkreten Moment der Inszenierung sowie durch die mediale Berichterstattung und spätere Reproduktion. Kunst- und Protestaktionen hatten also weit über den konkreten Moment hinaus Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Räumen. Zum Symbol wurden beispielsweise die Bilder der schwarzen Fahnen an der Ruhr im Kampf gegen die Zechenschließungen der späten 1950er und 1960er Jahre. Auch Theaterinszenierungen können die Wahrnehmung des Raums prägen, wie die auf die frühe Nachkriegszeit zurückgehenden Ruhrfestspiele anschaulich machen. Feste und Veranstaltungen lassen sich als Inszenierungen verstehen, die über die Verbindung von Raum und Publikum Bedeutungen schaffen, indem sie Vorstellungen von Heimat und damit Raumbilder und Raumvorstellungen erzeugen. Eine wichtige Rolle spielt auch der Einsatz materieller Objekte, was besonders bei der Gestaltung von Ausstellungen der Geschichts- und Heimatmuseen zum Tragen kommt. Sie erlebten im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts einen ersten Boom. Diese und andere Formen inszenatorischer Praxis werden im letzten Abschnitt unter der Überschrift „der inszenierte Raum" betrachtet.

Geschichte lässt sich nicht nur anhand von Texten erzählen, sondern ebenso anhand von Objekten wie etwa einem Behälter mit Rübenkraut. Gerade für die Alltagsgeschichte von Menschen, die mit der Gestaltung ihrer Lebenswelt Einfluss auf die Entwicklung und Wahrnehmung von Räumen nehmen, sind Gegenstände materieller Kultur wichtige Quellen.[10] Neben Texten und Bildern werden nachfolgend daher immer wieder Objekte materieller Kultur auf ihren Beitrag zur Konstruktion von Raumbildern hin befragt. So bestand der Symbolgehalt des Rübenkrauts auf der Bühne der Dortmunder Westfalenhalle gerade in seiner Alltäglichkeit, mit der Reding die große Krise des Ruhrbergbaus auf das kleine Töpfchen Brotaufstrich hinunterbrach. Dieser Kunstgriff lebte von der emotionalen Aufladung des Alltagsgegenstands, der durch die Einbindung in eine künstlerische Inszenierung zum mahnenden Objekt avancierte. Solche emotionalen Bedeutungszuschreibungen gilt es ernst zu nehmen, um der Macht von Gefühlen für den Lauf von Geschichte nachgehen zu können.[11] Gerade für die Konstruktion von Räumen sind die emotionale Aufladung von Objekten, Bildern oder Gebräuchen sowie Gefühle der Zugehörigkeit von herausgehobener Bedeutung. So lautet eine viel zitierte Antwort auf die Frage nach der

10 Vgl. z. B. Stefanie Samida: Materielle Kultur, und dann? Kulturwissenschaftliche Anmerkungen zu einem aktuellen Trend in der Zeitgeschichtsforschung in: Zeithistorische Forschungen 13 (2016) H. 3, S. 506–514; Stefanie Samida/Manfred K. Eggert/Hans Peter Hahn (Hg.): Handbuch materielle Kultur. Bedeutungen, Konzepte, Disziplinen, Darmstadt 2014.

11 Vgl. z. B. Ute Frevert: Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen? in: Geschichte und Gesellschaft 35 (2009) H. 2, S. 183–208; Ute Frevert: Mächtige Gefühle. Von A wie Angst bis Z wie Zuneigung. Deutsche Geschichte seit 1900, Frankfurt a. M. 2020.

Definition des Ruhrgebiets: „[Das] Ruhrgebiet ist dort, wo man sich als Ruhrgebietler fühlt."[12]

Wer solche Zugehörigkeitsgefühle auf welche Weise öffentlich artikulieren kann und auf welche Resonanz sie stoßen, unterliegt einem historischen Wandel, mit dem sich bestimmte Vorstellungen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verbinden.[13] In seiner Rede griff Reding immer wieder die Vergangenheit des Ruhrgebiets auf, die er einer krisenhaften Gegenwart gegenüberstellte und vor deren Hintergrund er eine Zukunftsvision für die Region forderte. Denn die wirtschaftliche und soziale Krise des Ruhrgebiets warf die Frage auf, ob die Region in Zukunft überhaupt noch als solche weiterbestehen, ob sie sich auflösen oder gar zu ihrem „eigenen Museum erstarren" würde, wie er in seinem Schlussplädoyer anmahnte. Ebenso wenig wie das Ruhrgebiet als Raum an sich gegeben ist, sind es Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Region. Vielmehr werden Vorstellungen von Zeit *gemacht*. Auch sie sind das Ergebnis sozialer Konstruktionen,[14] wie sich an Redings Rübenkraut zeigen lässt. Während das günstige Nahrungsmittel angesichts einer blühenden Zukunftsvision der „sogenannten Wirtschaftswunderjahre" scheinbar der Vergangenheit angehörte, ließ seine Rückkehr auf die Esstische der Arbeiterhaushalte befürchten, dass nun die Vorstellung einer Zukunft voller Wohlstand und sozialer Sicherheit zu vergehen schien. Das Rübenkraut diente Reding also nicht nur als Beleg einer gegenwärtigen Krise, sondern auch als Symbol einer vergangenen Zukunft des Ruhrgebiets. Zur Frage nach der Konstruktion des Ruhrgebiets als Raum gehört also immer auch die Frage nach der Zeit, nach der Konstruktion von Vergangenheits-, Gegenwarts- und Zukunftsvorstellungen der Region.

Um all diesen Aspekten nachzugehen, konzentriere ich mich im Folgenden auf aussagekräftige Beispiele für die unterschiedlichen Dimensionen der Konstruktion von Raumvorstellungen und Raumbildern. Wo es sich anbietet, werden die Quellen selbst zur Sprache kommen, da sie „helfen, in die Zeit, über die geschrieben wird, in ihre Atmosphäre, in ihr Denken einzutauchen".[15] Anhand ausgewählter Karten, Pläne und Abhandlungen, aber auch am Beispiel von Romanen, Reportagen, Bildbänden und anderen zeitgenössischen Quellen eröffne ich nachfolgend Einblicke in die räumliche Konstruktion des Ruhrgebiets zwischen 1914 und 1969.

2. Vom Planen, Ordnen und Verwalten: der normierte Raum

Robert Schmidt und die Gründung des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk

Für die räumliche Entwicklung des Ruhrgebiets war der Erste Weltkrieg Unterbrechung und Katalysator zugleich. Als zentraler Standort der Rüstungsproduktion im Kaiserreich kam der Region sowohl eine entscheidende Bedeutung für die Kriegswirtschaft als auch für die Ableistung der Reparationen nach Kriegsende zu. Die hohen Reparationsverpflichtungen, die unter anderem über Kohlelieferungen zu begleichen waren, machten eine Ausweitung der Kohlenproduktion im Ruhrgebiet notwendig. Dies schien besonders drängend, da Teile der ehemals zum Deutschen Kaiserreich gehörenden Abbaugebiete im Osten durch die territoriale Neuordnung Europas im Zuge des Versailler Vertrags verloren gegangen waren und die Sicherstellung der reichsweiten Steinkohlenproduktion nun noch stärker auf dem Ruhrbergbau lastete.[16] Um den Ausbau des Ruhrbergbaus zu gewährleisten, mussten zunächst drängende Probleme seiner bisherigen Entwicklung gelöst werden. Deshalb

---

12 Stefan Goch: Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet, Essen 2002, S. 23.

13 Vgl. z. B. Anna Strommenger: Zwischen Herkunft und Zukunft. „Heimat" in der sozialistischen Arbeiterbewegung vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Göttingen 2023.

14 Vgl. z. B. Achim Landwehr: Diesseits der Geschichte. Für eine andere Historiographie, Göttingen 2020; Chris Lorenz/Berber Bervanage (Hg.): Breaking up Time. Negotiating the Borders between Present, Past and Future, Göttingen 2013.

15 Gunilla Budde: Quellen, Quellen, Quellen, in: Gunilla Budde/Dagmar Freist/Hilke Günther-Arndt (Hg.): Geschichte. Studium, Wissenschaft, Beruf, Berlin 2008, S. 52–69, S. 56.

16 Vgl. Heinz Wilhelm Hoffacker: Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk in den Jahren 1920–1945, in: Karola Geiß-Netthöfel/Dieter Nellen/Wolfgang Sonne (Hg.): Vom Ruhrgebiet zur Metropole Ruhr. SVR, KVR, RVR 1920–2020, Berlin 2020, S. 49.

rückte eine raumplanerische Neuordnung des gleichermaßen rasant wie ungeplant gewachsenen Siedlungsgebiets an der Ruhr nach ganz oben auf die Agenda. Hatten 1895 noch rund 1,5 Millionen Menschen in der Industrieregion gelebt, waren es zehn Jahre später schon 2,6 Millionen. Das entsprach einem Bevölkerungszuwachs von 57 Prozent,[17] ohne dass die Ansiedlung durch eine öffentlich geplante Erweiterung der Siedlungsstruktur begleitet worden wäre. Dieses ungeplante Wachstum sollte sich nicht wiederholen. Die Diskussionen mündeten 1920 in dem „Gesetz, betreffend Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk", kurz „Ruhrsiedlungsverbandsgesetz", und damit in der Gründung des SVR.

Die Pläne, die zur Gründung des SVR führten, waren nicht neu. Sie hatten schon im Vorfeld des Ersten Weltkriegs Gestalt angenommen. Die 1910 in Berlin und Düsseldorf gezeigte Allgemeine Städtebau-Ausstellung hinterließ beim Düsseldorfer Regierungspräsidenten Francis Heinrich Friedrich Wilhelm Kruse ein abschreckendes Bild. Angesichts der Ausstellung war er davon überzeugt, dass eine mangelnde Stadtplanung in industriellen Räumen unweigerlich fatale soziale Konsequenzen nach sich ziehen würde. Er sah daher auch in seinem eigenen Zuständigkeitsbereich großen Handlungsbedarf.[18] Durch die im 19. Jahrhundert entstandene verwaltungspolitische Einteilung der preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen in die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg und Münster war Kruse für einen Teil des Industriegebiets an der Ruhr zuständig. Somit fielen entscheidende raumplanerische Weichenstellungen zur Gestaltung des Ruhrgebiets nicht in der Region selbst, sondern in Düsseldorf. Der Düsseldorfer Regierungspräsident berief eine Kommission ein, die mit dem Entwurf eines Grünflächenkonzepts für das rechtsrheinische Industriegebiet beauftragt wurde. Jedoch führten weder die mehr als ein Dutzend Arbeitstreffen noch zwei Begutachtungsreisen der Kommission zum gewünschten Ergebnis, sodass das Kommissionsmitglied Robert Schmidt mit der Erarbeitung einer Denkschrift beauftragt wurde.[19]

Schmidt, der mit dieser Denkschrift zu einem der einflussreichsten Vordenker der räumlichen Entwicklung des Ruhrgebiets im frühen 20. Jahrhundert werden sollte, stammte selbst nicht von der Ruhr. Der 1869 in Offenbach am Main geborene Sohn eines wohlhabenden Lederwarenfabrikanten hatte nach seinem Abitur in Frankfurt am Main zunächst Bauingenieurwesen in Hannover studiert und anschließend Funktionen in verschiedenen wasserwirtschaftlichen Institutionen an Rhein und Ruhr durchlaufen, bevor er 1901 Leiter des Stadterweiterungsamts von Essen und 1907 Technischer Beigeordneter der Stadt wurde.[20] Als solcher war er federführend in die Arbeit der Grünflächenkommission eingebunden und legte schon 1911 ein Konzept zur „Praktischen Ausführung der Grünanlagen in der Stadt Essen" vor.[21] Ein Jahr später veröffentlichte er unter dem eher sperrigen Titel „Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedelungsplanes [sic] für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch)" das Ergebnis seiner Arbeit für die Grünflächenkommission, mit der er zugleich an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen promoviert wurde. Zwar waren Schmidts Ideen nicht völlig neu, da er sowohl stark auf inhaltlichen Vorarbeiten eines Düsseldorfer Kollegen aufbaute als auch Entwicklungen des Baurechts aufgriff, die spezifische Bauformen im Bereich des Wohnungsbaus begünstigten.[22] Schmidt ging jedoch mit seiner Denkschrift weit über den Auftrag zum Entwurf eines Grünflächenkonzepts hinaus,

17 Vgl. Roman Schnur: Entwicklung der Rechtsgrundlagen und der Organisation des SVR, in: Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (Hg.): Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 1920–70, Essen 1970, S. 9–32, S. 9.

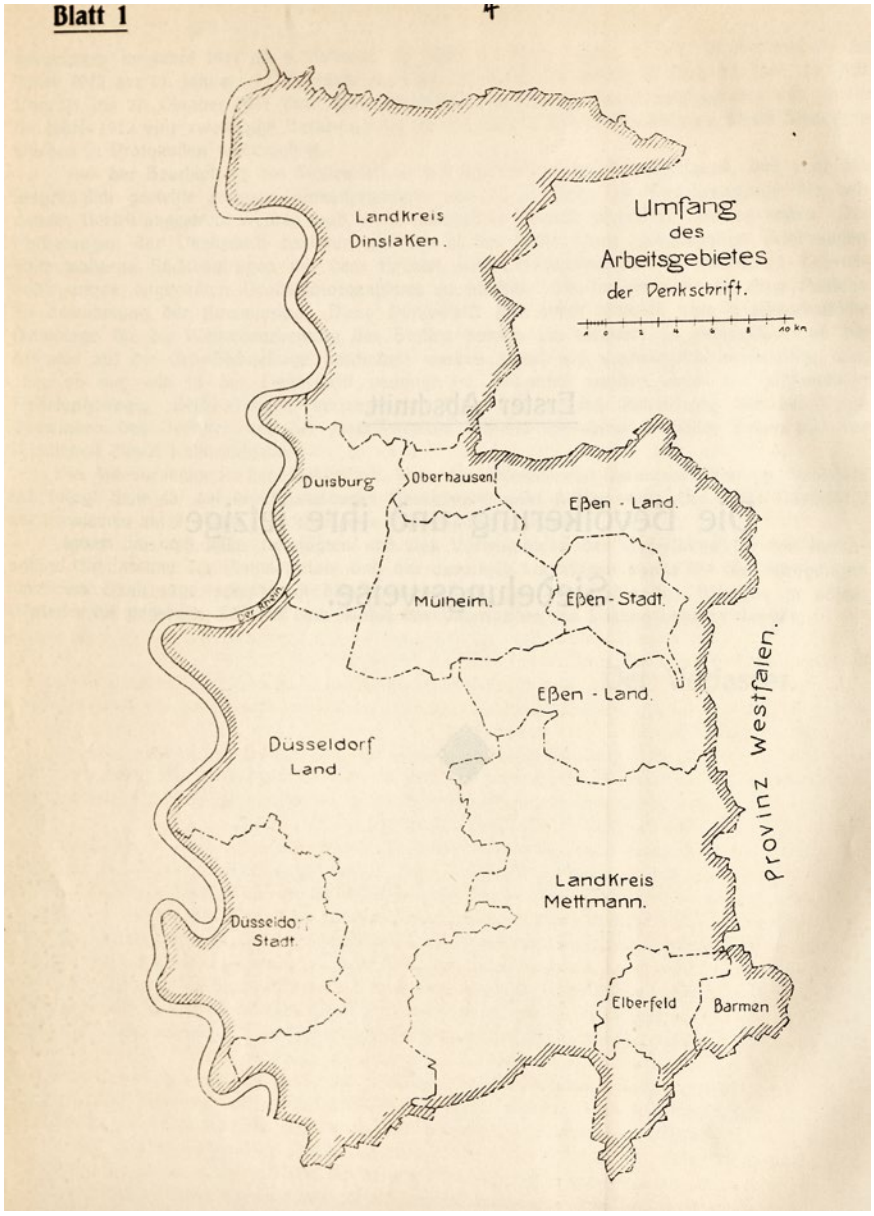
18 Vgl. Hoffacker, Siedlungsverband, S. 49.

19 Vgl. ders.: Robert Schmidts Denkschrift im kritischen Rückblick. Zur Entstehung der Abhandlung und zu deren Wirkung auf nachfolgende Entwicklungen im Gebiet des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk, in: Renate Kastorff-Viehmann/Yasemin Utku/Regionalverband Ruhr (Hg.): Regionale Planung im Ruhrgebiet. Von Robert Schmidt lernen?, Essen 2014, S. 41–50, S. 42.

20 Vgl. Ursula von Petz: Zum Werdegang und Wirken Robert Schmidts, in: Kastorff-Viehmann/Utku/Regionalverband Ruhr, Regionale Planung im Ruhrgebiet, S. 23–27, S. 23.

21 Robert Schmidt: Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedelungsplanes. Für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch), Essen 2009 [1912], Blatt 19.

22 Vgl. Hoffacker, Denkschrift, S. 45 f.



Planungsgebiet der „Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedelungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch)".
Entnommen aus: Robert Schmidt: Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedelungsplanes. Für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch), Essen 1912, Blatt 1.

da er überzeugt war, dass sich eine sinnvolle Anlage von Grünflächen nur in Kombination mit einer kongruenten Verkehrs- und Siedlungsplanung im Rahmen eines Generalbebauungsplans erreichen lassen würde.[23] Zudem plädierte er dafür, nicht nur den rheinischen, sondern auch den westfälischen Teil des Ruhrgebiets in die Planung miteinzubeziehen, da die verwaltungspolitische Teilung des Industriegebiets seiner Ansicht nach einer erfolgreichen Siedlungsplanung entgegenstand.[24] Die Wahrnehmung des Ruhrgebiets als Ballungs- und auch Problemraum machte für Schmidt ein Vorgehen über seinen verwaltungstechnischen Zuständigkeitsbereich hinaus erforderlich und rückte so die Region als Ganzes in den Blick.

23 Vgl. Hans Heinrich Blotevogel: Raumordnung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover 2011, S. 82–115, S. 86.

24 Vgl. Hoffacker, Denkschrift, S. 42.

Die Frage der Siedlungsplanung war keineswegs eine schnöde verwaltungspolitische Angelegenheit. Vielmehr ging es zum einen um die Lösung drängender sozialer Probleme im Bereich des Wohnens und der damit verbundenen Gesundheitsfürsorge, die durch das enorme Wachstum der Ruhrgebietsindustrie in den Jahrzehnten zuvor entstanden waren. Zum anderen ging es um die raumplanerische Umsetzung bestimmter sozialer Ideale, die durch die Herstellung siedlungspolitischer Ordnung und mittels der Förderung gesellschaftlicher Hygienemaßnahen auch die Erhaltung eines „gesunden Volkskörpers" realisieren sollten. So entwickelten auch gut vernetzte, nationalkonservative bzw. nationalistische Akteure wie Paul Schultze-Naumburg als führendes Mitglied der Heimatschutz-Bewegung in der Region oder Alfred Hugenberg als Vorsitzender des Direktoriums der Friedrich Krupp AG Ideen zur raumplanerischen Gestaltung des Ruhrgebiets.[25] Hugenberg, der nach seiner von 1909 bis 1918 währenden Amtszeit bei Krupp einer der einflussreichsten Medienunternehmer der Weimarer Republik wurde und vor allem für seine Rolle beim Aufstieg der NSDAP bekannt geworden ist, hatte früh wissenschaftliche und berufliche Erfahrungen im Bereich der Siedlungspolitik gesammelt. Er verstand sie als Instrument zur Umsetzung völkischer Ideale, für deren Propagierung er sich mit dem Journalisten und späteren NSDAP-Bürgermeister der Stadt Essen, Theodor Reismann-Grone, vernetzte. Ausschlaggebend für völkische Ideen der Raumplanung, wie Schultze-Naumburg, Hugenberg oder Reismann-Grone sie vertraten, war das Bild des Ruhrgebiets als einer von unkontrollierter Migration geprägten Region, die unbedingt der siedlungspolitischen Ordnung und Einhegung bedürfe, damit sie der rassenhygienischen Vorstellung eines „gesunden" und „reinen" deutschen Volkskörpers nicht gefährlich werden könne. Auch die raumplanerische Normierung nach rassenhygienischen und völkischen Vorstellungen, die während der NS-Zeit zur Planungsmaxime werden sollte, hatte also Wurzeln bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg hinein.

Mit dem Krieg kamen die ersten Schritte zur Einrichtung einer zentralen Gestaltungsinstanz für das Ruhrgebiet zwar vorübergehend zum Erliegen, wurden durch dessen Folgen aber wieder aufgenommen, da die Last der Reparationsforderungen eine über die Teilung in drei Regierungsbezirke hinweg reichende Planung nötig machte. Die Forderung nach einer eigenständigen Ruhrprovinz als Verwaltungseinheit innerhalb Preußens, die schon seit der Jahrhundertwende diskutiert worden war, ließ sich jedoch auch zu Beginn der Weimarer Republik nicht umsetzen.[26] Dabei begünstigte die politische Lage nach Ende des Ersten Weltkriegs diese Pläne zunächst. Die separatistischen Tendenzen in Teilen des Rheinlands stärkten vorübergehend die Verhandlungsposition derjenigen, die sich für die Einrichtung einer zentralen Verwaltungsinstanz einsetzten. Die führende Rolle kam hierbei dem Essener Oberbürgermeister Hans Luther zu, der die Diskussionen um den rheinischen Separatismus nutzte, um für das Ruhrgebiet eine möglichst starke Stellung innerhalb des Deutschen Reichs auszuhandeln.[27] Dazu hatte er zunächst eine Versammlung der „Vertreter der Stadt- und Landkreise, Handelskammern, Arbeitsverbände und aller politischen und wirtschaftlichen Parteien und Gruppen aus dem Rheinisch-westfälischen Industriebezirk" einberufen,[28] die am 31. Januar 1919 in Essen zusammenkam und einen gemeinsamen Beschluss fasste. Damit sollten sowohl Einheit und Geschlossenheit demonstriert als auch eine verwaltungspolitische Eigenständigkeit innerhalb des Reichs eingefordert werden. In der gemeinsamen Erklärung wurde vor allem die wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrgebiets als Argument angeführt, die es verbiete, „über den Industriebezirk wie über eine Ware" zu verfügen:

---

25 Vgl. Renate Kastorff-Viehmann: Das Umfeld von Robert Schmidt in Essen. Personen, Initiativen und Projekte, in: dies./Utku/Regionalverband Ruhr, Regionale Planung im Ruhrgebiet, S. 29–40, S. 35 f.

26 Vgl. Hoffacker, Denkschrift, S. 46 f.

27 Vgl. Hoffacker, Siedlungsverband, S. 51.

28 Das Kabinett Scheidemann, Dok. Nr. 11, Eingabe der rheinisch-westfälischen Industrie an den Reichsministerpräsidenten. Essen, 12.3. 1919, Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik online, URL: https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919–1933/01a/sch/sch1p/kap1_2/para2_13.html?highlight=true&search=rheinisch-westf%C3%A4lischer%20Industriebezirk&stemming=true&pnd=&start=&end=&field=all#d8e89 [zuletzt aufgerufen am 24.11.2025]. Ebenso das unmittelbar folgende Zitat.

> „Der Industriebezirk mit seinen Kohlenschätzen und seiner hochentwickelten Hütten- und Verarbeitungsindustrie ist das wirtschaftlich wertvollste Kernstück des Deutschen Reiches und preußischen Staates; er stellt als solches eine in sich geschlossene Einheit dar und ist deshalb berufen, als Teil des Ganzen ein seiner Bedeutung entsprechendes Eigenleben zu führen. Verlangt der Industriebezirk somit, daß seine eigenen Wünsche und Bedürfnisse als grundlegend für sein Schicksal beachtet werden, so will er die Erfüllung seines Schicksals nur in einer Lebensgemeinschaft mit dem gesamten Deutschen Volk, die ungelockert und nicht löslich ist."

Die Vertreter des Ruhrgebiets führten also die wirtschaftliche Stärke als Argument an, um es als räumliche Einheit zu behandeln, die möglichst selbstbestimmt über ihre eigene Zukunft entscheiden können sollte. Dass diese Zukunft untrennbar an die Einheit des Deutschen Reichs geknüpft wurde, sicherte der Initiative rund um den Essener Oberbürgermeister die Unterstützung der Reichsregierung, die gerade für die Emanzipationsbestrebungen gegenüber den preußischen Provinzen politisch wertvoll sein konnte. Daher wurde die Erklärung im März 1919 als Teil der „Eingabe der rheinisch-westfälischen Industrie an den Reichsministerpräsidenten" gesendet, um eine „unzweideutige Antwort" auf die für das Ruhrgebiet als bedrohlich dargestellte Frage des rheinischen Separatismus einzufordern.[29] Schon im Sommer des Jahres 1919 scheiterte die rheinische Separatismusbewegung jedoch und damit bröckelte auch die Unterstützung für eine eigenständige Ruhrprovinz innerhalb der Diskussion um die neue Reichsverfassung.

Nachdem die Chance zur Gründung einer eigenen Provinz nach anfänglicher Hoffnung also auch in der Gründungsphase der neuen Republik versperrt zu sein schien, forderte Luther mit Unterstützung der Essener Beigeordneten Walter Bucerius und Robert Schmidt zumindest die Schaffung eines planerischen Zweckverbands. Der Umstand, dass dessen Verbandsgebiet über den Raum der ursprünglich von Luther favorisierten Ruhrprovinz hinausging und auch linksrheinische Gebiete integrierte, erklärt sich durch die politischen Rahmenbedingungen. Da Preußen die von Frankreich unterstützten separatistischen Bewegungen im Rheinland ablehnte, setzten sich Beamte der preußischen Rheinprovinz für die Ausdehnung des Verbandsgebiets auf die linke Rheinseite ein. Damit verfolgten sie nicht nur das Ziel, einer Etablierung des Rheins als Grenze innerhalb des Reichs vorzubeugen, sondern auch, eine nachträgliche Umwandlung des geplanten Ruhrsiedlungsverbands in eine Ruhrprovinz zu erschweren. Die Überlegung dahinter war, dass die linksrheinischen Gebiete die räumliche Homogenität des Verbands und damit auch das Potenzial einer eigenständigen verwaltungspolitischen Einheit schwächen würden, da sie im Gegensatz zum restlichen Gebiet weniger schwerindustriell geprägt waren.[30]

Da sich der Verband im Laufe des 20. und 21. Jahrhunderts zur maßgeblichen Institution der raumplanerischen Gestaltung des Ruhrgebiets entwickelte, hatte diese in der Gründungsphase getroffene Entscheidung weitreichende Folgen für die Konstruktion des Ruhrgebiets als Raum bis in die Gegenwart. Denn insbesondere in wissenschaftlichen und politischen Perspektiven auf die Region wird die Frage nach ihrer räumlichen Eingrenzung häufig mit den Grenzen des Verbandsgebiets beantwortet.[31] Dass das SVR-Verbandsgebiet einen weit größeren Raum als die industrielle Kernzone des Ruhrgebiets umfasste, ist also ein Grund dafür, dass auch weniger stark montanindustriell geprägte Gebiete zum Ruhrgebiet gezählt werden, auch wenn sie im Bild der Region nicht sehr präsent sind. Auch das noch immer greifbare Spannungsverhältnis zwischen einer Zentralisierung regionaler Kompetenzen auf der Ebene des Verbands und dem Wunsch nach Eigenständigkeit der in ihm versammelten Städte und Kreise resultiert aus der Entstehungszeit des SVR. Besonders die Tatsache, dass der Essener Oberbürgermeister die Verhandlungen zur Gründung eines Zweckverbands anfangs ohne Wissen

29 Vgl. ebd.

30 Vgl. Hoffacker, Siedlungsverband, S. 53.

31 Vgl. Stefan Berger: Was ist das Ruhrgebiet? Eine historische Standortbestimmung in: Aus Politik und Zeitgeschichte 69 (2019) 1–3, S. 4–11, S. 6; Helen Wagner: Vergangenheit als Zukunft? Geschichtskultur und Strukturwandel im Ruhrgebiet, Köln 2022, S. 70.



Karte des SVR-Gebiets bei Gründung 1920.
Entnommen aus: Ursula von Petz: Robert Schmidt 1869–1934. Stadtbaumeister in Essen und Landesplaner im Ruhrgebiet, Tübingen/Berlin 2016, S. 120.

der betroffenen Kommunen führte,[32] sorgte für Unmut in einigen Städten wie beispielsweise Dortmund. Doch obwohl aus den Provinzen, den Regierungsbezirken sowie aus einigen Städten Proteste gegen eine drohende Einschränkung kommunaler Eigenständigkeit laut wurden,[33] konnte sich Luther im Wesentlichen mit seinen Ideen zur Verbandsgründung durchsetzen. Die 1920 realisierte Gründung des SVR war zwar nicht mit einer verwaltungspolitischen Emanzipation des Ruhrgebiets gleichzusetzen, ging aber doch über die angesichts der Reparationsforderungen notwendige Einrichtung eines Instruments zum Ausbau des Ruhrbergbaus hinaus. Zum Gründungsdirektor des SVR wurde Robert Schmidt gewählt, der bis zum Ende seiner Amtszeit im Jahr 1932 versuchte, seine Ideen für eine regionale Planung, in der Wohnungsbau, Grünflächen und Verkehr aufeinander abgestimmt waren, in die Tat umzusetzen.

Sowohl Schmidts Denkschrift, in der er diese Ideen 1912 formuliert hatte, als auch die Gründung des SVR sind nicht nur für die raumplanerische Entwicklung des Ruhrgebiets von großer Bedeutung. Beide gelten neben der Gründung des Zweckverbands Groß-Berlin im Jahr

32 Vgl. Hoffacker, Siedlungsverband, S. 52 f.

33 Vgl. Hans Heinrich Blotevogel: 80 Jahre regionale Selbstverwaltung im Ruhrgebiet, in: Wulf Habrich/Wilfried Hoppe (Hg.): Strukturwandel im Ruhrgebiet. Perspektiven und Prozesse, Dortmund 2001, S. 9–24, S. 16.

1911 überhaupt als „erste Marksteine der Regionalplanung“ in Deutschland.[34] Mit diesen Institutionen wurde erstmals eine Planung über die Grenzen einzelner Kreise, Städte und Gemeinden hinaus ermöglicht und damit das Ziel verfolgt, eigentlich getrennte kommunale Verwaltungsbereiche als zusammenhängenden Raum zu betrachten und zu gestalten. Der Berliner Zweckverband wurde allerdings bereits 1920 wieder aufgelöst, also im selben Jahr, in dem mit dem Ruhrsiedlungsverbandsgesetz der SVR gegründet wurde. Zwar wurde der in Schmidts Denkschrift zentrale Begriff eines Generalsiedlungsplans nicht in das Gesetz aufgenommen, die Kernpunkte fanden sich aber wieder.[35] Zum einen griff das Gesetz die Idee einer Verbindung von Wohn-, Verkehrs- und Grünflächenplanung auf, die über die eigentlichen Verwaltungsgrenzen hinweg sowohl den rheinischen als auch den westfälischen Teil des Ruhrgebiets gestalten sollte. Zum anderen verzahnte es Siedlungs- und Wirtschaftsplanung, indem Wirtschaftsvertreter:innen von Arbeitgeber:innen- und Arbeitnehmer:innenseite in ein zentrales Organ des Verbands integriert wurden. Zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen, bildeten sie die eine Hälfte der Verbandsversammlung, deren zweite Hälfte aus gewählten Vertretern der Städte und Landkreise bestand.[36] Die Einrichtung eines solchen parlamentarischen Verbandsorgans und eines Verbandsausschusses sowie die Einsetzung eines Verbandsdirektors und eines Aufsicht führenden Präsidiums ähnelten dem klassischen Aufbau einer preußischen Provinz.[37] Die Integration von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern in das staatliche Planungsorgan griff dagegen aktuelle Debatten um eine neue wirtschaftliche Ordnung für das Deutsche Reich auf, in denen die Idee eines Reichswirtschaftsrats diskutiert wurde. Diese Idee ging auf Erfahrungen aus der Kriegswirtschaft zurück und sollte eine korporative Entscheidungsfindung für die wirtschaftliche Entwicklung bestimmter Gebiete ermöglichen.[38] Diese Gebiete definierten sich nicht mehr nach herkömmlichen Verwaltungsgrenzen, sondern nach wirtschaftlichen und sozialen Strukturen. Diese wurden als dynamisch begriffen, wobei ihre Dynamik nicht nur als Potenzial für wirtschaftliches Wachstum, sondern ebenso als mögliche Bedrohung staatlicher Ordnung wahrgenommen wurde. So versprach die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Industriegebieten zwar das nach dem Krieg so nötige wirtschaftliche Wachstum. Die Unkontrollierbarkeit dieses Wachstums erforderte aber gleichzeitig eine staatliche Einhegung durch neue raumplanerische Konzepte. Im Ruhrsiedlungsverbandsgesetz schlugen sich somit nicht allein Ideen aus der Denkschrift Robert Schmidts, sondern zugleich zeitgenössische Debatten zur planerischen Gestaltung von Wirtschaft und staatlicher Ordnung nieder.

Die enge Verbindung zwischen wirtschaftlicher und räumlicher Planung prägte die Anfangsjahre des SVR, der sich zunächst vor allem auf den zentralen Gründungsauftrag konzentrierte, den Ruhrbergbau auszubauen. Für den Ausbau der Kohlenförderung sollten bis zu 150.000 Bergleute zusätzlich im Ruhrgebiet angesiedelt werden, für die mitsamt ihren Familien neue Wohnungen gebraucht wurden.[39] Dem SVR kam die Aufgabe zu, die Errichtung der neuen Arbeiterwohnungen planerisch zu beaufsichtigen, für deren Finanzierung mit der Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten (THS) eine eigene Organisation gegründet worden war. Allerdings gestalteten sich die politischen Rahmenbedingungen in den ersten Jahren der Verbandstätigkeit eher schwierig. Schon während der Gründungsphase hatten große Bergarbeiterstreiks und bürgerkriegsähnliche Ereignisse nach dem Kapp-Putsch für chaotische politische Zustände gesorgt, die sich auch auf Entscheidungsprozesse rund um die SVR-Gründung auswirkten.[40] Auch nachdem das Ruhrsiedlungsverbandsgesetz im Sommer 1920 in Kraft getreten war, waren weder die politischen noch die wirtschaftlichen Bedingungen für die großen Pla-

34 Blotevogel, Raumordnung erste Hälfte, S. 83.

35 Vgl. Hoffacker, Denkschrift, S. 46.

36 Gesetz, betreffend Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, in: Ottmar Bühler (Hg.): Verwaltungsgesetze des Reiches und Preußens, Berlin u. a. 2020 [1931], S. 253–264, S. 256.

37 Vgl. Hoffacker, Siedlungsverband, S. 54.

38 Vgl. Hoffacker, Denkschrift, S. 47.

39 Vgl. Schnur, Entwicklung, S. 11.

40 Vgl. Hoffacker, Siedlungsverband, S. 55.